

HINTERGRUNDPAPIER

Europawahlen aus Sicht der Internetwirtschaft

Berlin, 07. Mai 2024

I. Die Europawahlen 2024 – eine Bestandsaufnahme

Die Europawahl 2024 vom 6. bis 9. Juni wird zentral für die weitere Entwicklung der Union und ihrer politischen Gestalt. Nach der covid-19 Krise und der großangelegten russischen Invasion in die Ukraine wird nun erstmals ein neues Europäisches Parlament gewählt. In vielen EU-Mitgliedsstaaten sind nationalistische und isolationistische Bewegungen erstarkt und bestimmen teilweise zentral das politische Geschehen. Dies wirft neue politische Fragestellungen in Bezug auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union auf. Für die deutschen Delegationen im Europäischen Parlament stellen sich diese Fragen ebenso.

Neben diesen zentralen und grundlegenden Fragen, die den Hintergrund der aktuellen politischen Debatten bilden, stellt sich für eco – Verband der Internetwirtschaft e.V. auch die Frage, wie die zukünftige Digitalpolitik in Europa gestaltet wird.

Die nachfolgende Betrachtung soll einen kurzen Überblick über zentrale Parteien in Deutschland bei der Europawahl geben und einen kurzen Ausblick auf deren zukünftige Politik im europäischen Parlament.

II. Zentrale Akteure

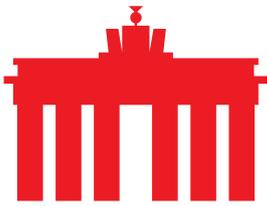
Aus Sicht der Internetwirtschaft sind folgende vier Parteien genauer zu betrachten.

1. CDU/CSU
2. SPD
3. Bündnis 90/Die Grünen
4. FDP

Die CDU/CSU ist derzeit mit 29 Abgeordneten in der EVP-Fraktion (insgesamt 177 Abgeordnete) vertreten. Es ist davon auszugehen, dass die Union auch bei den kommenden Europawahlen wieder in einer vergleichbaren Stärke ins Europäische Parlament einziehen wird und ähnlich viele Sitze besetzen wird.

Die SPD organisiert sich in der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament und hält derzeit 16 der 141 Sitze. Bei den letzten Europawahlen hatte die SPD in Deutschland sehr schlecht abgeschnitten und ein Ergebnis erzielt, das noch unter ihren derzeitigen Umfragewerten liegt. Es ist daher davon auszugehen, dass die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament – genau wie die der Union – eine vergleichbare Stärke aufweisen wird.

Bei Bündnis 90/Die Grünen sind von den derzeit 72 Abgeordneten der Greens/EFA-Fraktion 21 Mitglieder aus Deutschland. Hinzu kommen Vertreter von VOLT, der



Piratenpartei und ein parteiloses Mitglied. Bei den Europawahlen im Jahr 2019 erzielte Bündnis90/Die Grünen ein deutlich besseres Ergebnis als die momentan für die Partei prognostizierten Umfragewerte. Es ist davon auszugehen, dass die deutsche Gruppe in der Greens/EFA-Fraktion zukünftig kleiner werden wird.

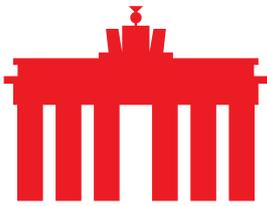
Die Umfragewerte der FDP liegen derzeit ungefähr auf dem Niveau, bei dem sie auch bei der letzten Europawahl abgeschnitten hatte. Momentan sind von den derzeit 102 Abgeordneten der renew-Europe Gruppe im Europäischen Parlament fünf aus der FDP. Abzuwarten bleibt neben dem unsicheren Wahlergebnis der FDP auch, wie sich die renew-Europe Gruppe nach der kommenden Europawahl aufstellen wird.

Die Betrachtung der AfD findet bei eco nicht statt, da deren Ziele und Vorstellungen mit den Grundwerten des Verbands nicht vereinbar sind. Die Partei die LINKE ist durch ihre Spaltung politisch mittlerweile so stark geschwächt, dass trotz einer Absenkung der Wahlhürde von fünf auf drei Prozent nicht sicher ist, ob sie überhaupt im europäischen Parlament vertreten sein wird. Dasselbe gilt für die Piratenpartei, VOLT und die Partei DIE PARTEI, die momentan alle mit ein bis zwei Abgeordneten im europäischen Parlament vertreten sind. Das aus der Spaltung der Linkspartei hervorgegangene Bündnis Sarah Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit ist derzeit politisch noch nicht soweit gefestigt, dass hier von soliden Annahmen ausgegangen werden kann, welcher parlamentarischen Gruppe sich das Bündnis anschließen wird. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Partei im Europäischen Parlament vertreten sein wird.

III. Inhaltliche Aufstellung der Parteien zur Europawahl

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die Parteien bei der Europawahl in unterschiedlichem Umfang Ressourcen auf die Darstellung ihrer Inhalte verwendet haben. Dies betrifft sowohl den Umfang der Wahlprogramme als auch deren Detailliertheit. Aus diesem Grund ist eine vergleichende Darstellung der verschiedenen Wahlprogramme nicht sinnvoll möglich. Im Folgenden werden die einzelnen Wahlprogramme der angeführten Parteien kurz auf ihre zentralen digitalpolitischen Aussagen hin überprüft und eine Bewertung dieser Aussagen vorgenommen. Um eine bessere Übersicht über die verschiedenen Aspekte der Digitalisierung zu erlangen, werden hierzu die Aussagen in acht verschiedene Themenbereiche aufgeteilt. Diese lauten:

- Innovation, Wettbewerb, Forschung und Datenzugang
- Künstliche Intelligenz und Schlüsseltechnologien
- Digitale Infrastrukturen
- Umgang mit rechtswidrigen Inhalten im Netz
- Bürgerrechte in der digitalen Welt
- Nachhaltigkeit in der Digitalisierung
- Europäische Institutionen
- Digitalisierung in Arbeit und Bildung



III.1. Das Europawahlprogramm von CDU und CSU

Das [Europawahlprogramm](#) von CDU und CSU ist als gemeinsames Programm der beiden Unionsparteien aufgelegt. Mit insgesamt 25 Seiten ist das Wahlprogramm sehr kompakt ausgelegt.

Zentrale digitalpolitische Aussagen des Wahlprogramms der Union sind:

▪ Innovation, Wettbewerb, Forschung und Datenzugang

Im Bereich Innovation und Wettbewerb sieht die Union vorrangig das Thema Bürokratieabbau als zentral an und möchte eine one-in-two-out Regel etablieren (S. 9). Die Förderquote möchte sie in Europa auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts erhöhen (S. 10). Zentral ist die Konsolidierung der bestehenden Gesetzgebung, wobei nicht speziell auf digitale Gesetze eingegangen wird (S. 9). Zudem möchte die Union mit einem Wettbewerbsfähigkeitscheck sicherstellen, dass europäische Gesetzgebung möglichst genau in nationale Gesetzgebung umgesetzt werden soll (S. 10). Nach Willen der Union soll Europa Standort Nr. 1 für Startups werden (S. 10). Den Datenschutz will die Union vereinfachen (S. 11) und Datensilos aufbrechen (S. 11).

Die im Unionsprogramm angeführten Punkte sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Zwar sind sie recht abstrakt und nicht speziell für die Internetwirtschaft gedacht, es sollte jedoch davon ausgegangen werden, dass die hier vorgenommenen Weichenstellungen sich auch auf die Internetwirtschaft positiv auswirken werden.

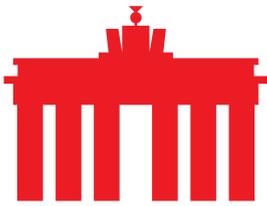
▪ Künstliche Intelligenz und Schlüsseltechnologien

Bei der Künstlichen Intelligenz betont das Wahlprogramm der Union einerseits, dass überbordende Regulierung vermieden werden soll, andererseits, dass die KI ethisch gestaltet sein soll (S. 11). Sie sieht darüber hinaus die Schaffung von Datenräumen, insbesondere einem Gesundheitsdatenraum als positiv an (S. 11). Allgemein wird auf eine „souveräne und wettbewerbsfähige europäische Digitalwirtschaft,“ verwiesen, „die weltweit in Abstimmung mit unseren internationalen Partnern anerkannte technologische und rechtliche Standards setzen kann (S. 11). Zudem wird ein Europa, das „Schlüsseltechnologien versteht, entwickelt und produziert“ (S. 11) gefordert.

Die hier angeführten Punkte sind sehr abstrakt und lassen keine weiteren Schlüsse zu, inwieweit die Union bei der Regulierung von KI voranschreiten wird und wie genau sie die formulierten Ziele für Schlüsseltechnologien und die wettbewerbsfähige Digitalwirtschaft erreichen möchte.

▪ Digitale Infrastrukturen

Bei den digitalen Infrastrukturen fordert die Union primär eine „echte Digital- und Datenunion mit [...] hochklassiger digitaler Infrastruktur, insbesondere einer



europäischen Cloud, sowie mit europäischen Speicher- und Rechenkapazitäten“ und einem „flächendeckenden Zugang zu 5G und 6G in jeder Region“. (S. 12).

Insgesamt ist die Aussagekraft dieses Abschnittes vor allem eine Absichtserklärung. Zentrale Fragen wie Netzneutralität oder Ausbau der Glasfasernetze werden bei der Union nicht thematisiert.

▪ **Umgang mit rechtswidrigen Inhalten im Netz**

Insgesamt halten sich die Forderungen der Union in diesem Bereich sehr begrenzt. Es wird gefordert, dass Cybermobbing und Cybergrooming in ganz Europa als Straftat eingestuft werden (S. 6). Darüber hinaus werden verschiedene Problembereiche im Bereich der Cyberkriminalität deskriptiv adressiert, ohne, dass konkrete Maßnahmen dagegen jenseits der Polizeiarbeit aufgezeigt werden (S. 6).

Insgesamt reichen die hier getätigten Aussagen nicht, um konkrete Pläne der Union in diesem Themenbereich aufzuzeigen. Dies könnte auch als Zurückhaltung zur weiteren Gestaltung der Regulierung in diesem Bereich interpretiert werden, was in Anbetracht der Sensibilität der Themen auch teilweise nachvollziehbar ist.

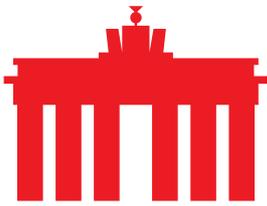
▪ **Bürgerrechte in der digitalen Welt**

Die Union fordert ein deutlich einfacheres und einheitlicheres Datenschutzrecht und in diesem Zusammenhang auch eine Reform der Datenschutzgrundverordnung (S. 12). Dabei wird auf „Sorgfaltspflichten“, die nur für „sensible Bereiche gelten sollen“ (S. 12) abgehoben. Darüber hinaus fordert die Union die Speicherung von IP-Adressen nach Vorgaben des EUGH bei schweren Straftaten und spricht sich gleichzeitig gegen eine generelle Chatkontrolle aus (S. 7).

Bei den datenschutzrechtlichen Aspekten der Unionsforderungen ist nicht gänzlich klar, wie genau die DSGVO reformiert werden soll. Vermutlich sollen bestimmte Anforderungen wie bspw. die Erstellung eines Datenschutzkonzeptes eingeschränkt werden. Dies ist jedoch eher Spekulation. Bei der Speicherung von IP-Adressen hingegen ist recht klar, dass sich die Union für eine Neuauflage der wiederholt als europarechts- und verfassungswidrig eingestuften Vorratsdatenspeicherung ausspricht. Die Ablehnung der Chatkontrolle ist positiv zu bewerten, steht jedoch vor dem Hintergrund der DSGVO in einem fragwürdigen Licht.

▪ **Nachhaltigkeit in der Digitalisierung**

Die Union greift verschiedene Nachhaltigkeitsaspekte in ihrem Europawahlprogramm auf, ohne dabei explizit auf die Digitalisierung einzugehen. Die Konsolidierung der EU-Gesetzgebung (S. 6) ist in diesem Kontext zu erwähnen wie die möglichst genaue Umsetzung von Unionsrecht. Darüber hinaus fordert die Union bezahlbare Energie für Unternehmen (S. 9) und eine gleichwertige Förderung aller erneuerbarer Energien (S. 13). Sie setzt zudem auch das Ziel einer europäischen Kreislaufwirtschaft mit Nutzung von bspw. Abwärme und langlebigen Produkten (S. 13).



Die hier niedergelegten Forderungen der Union sind recht abstrakte Zielvorgaben, für die keine konkreten Umsetzungsschritte hinterlegt sind. Es bedarf weiterer Informationen über die Umsetzung und Ausgestaltung der angedachten Politiken.

▪ Europäische Institutionen

CDU und CSU sehen den europäischen Binnenmarkt als einen zentralen Faktor für die europäische Integration und räumen hier dem Digital- und Telekommunikationssektor auch besondere Bedeutung ein (S. 11). Für den digitalen Binnenmarkt wünscht sich die Union eine Vertiefung (S. 11). Die Forderung nach einer souveränen und wettbewerbsfähigen europäischen Digitalwirtschaft (S. 11) ist auch in diesem Kontext relevant. Durch die geforderte Konsolidierung des EU-Rechts sowie der möglichst genauen Umsetzung von europäischen Verordnungen würde die Union auch zur Rechtskonsolidierung und -harmonisierung beitragen. Im Bereich der Cybersicherheit hebt die Union insbesondere auf Desinformation und Hass und Hetze im Netz, sowie auf hybride Bedrohungen ab (S. 6f.). Das „Cyberkrisenmanagement“ soll auf europäischer Ebene verbessert werden und eine stärkere europäische Autonomie bei entsprechenden Technologien erreicht werden. Zudem soll eine „Cyberbrigade“ (S. 6) aufgestellt werden.

Insgesamt lassen die hier dargelegten Aspekte den Schluss zu, dass CDU und CSU im Bereich der europäischen Rechtsgestaltung positive Ansätze verfolgen. Abzuwarten bleibt, wie die angestrebte Souveränität im Bereich Cybersicherheit erreicht werden soll. Was genau die von der Union geforderte Cyberbrigade leisten soll, geht aus dem Wahlprogramm unmittelbar nicht hervor.

▪ Digitalisierung in Arbeit und Bildung

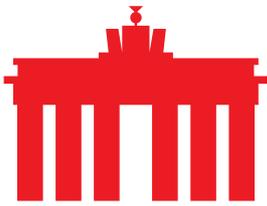
Die Union spricht sich für eine Verbesserung der Einwanderung von Fachkräften aus (S. 7). Darüber hinaus fordert sie eine bessere Vereinbarung von Beruf und Familie, speziell vor dem Hintergrund, dass der Anteil von Frauen in MINT-Berufen noch sehr niedrig ist (S. 19). Die Mobilität von Arbeitnehmern soll verbessert werden (S. 19) ebenso wie die Bedingungen von „Plattformarbeit“ (S. 19).

Aus Sicht der Internetwirtschaft werden von der Union hier mehrere positive Aspekte aufgegriffen, wenn auch nur wenig konkret. Die Forderung nach einer stärkeren Regulierung von „Plattformarbeit“ wirft Fragen auf, da hier nicht klar ist, wie diese Regulierung ausfallen wird. Zu digitaler Bildung und dem Aufbau digitaler Kompetenzen trifft die Union keine Aussage.

III.2. Das Europawahlprogramm der SPD

Die SPD hat mit 50 Seiten ein [Wahlprogramm](#) aufgelegt, das verstärkt auf soziale Fragen eingeht.

Die zentralen Aussagen des Wahlprogramms lauten:



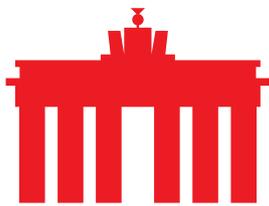
▪ **Innovation, Wettbewerb, Forschung und Datenzugang**

Die SPD sieht die EU regulatorisch auf einem guten Weg und verweist auf die Erfolge der ablaufenden Wahlperiode wie den Digital Services Act (S. 15). Sie spricht sich dennoch für eine Verbesserung der Planungsprozesse und eine „verbesserte“ Regulierung aus (S. 5). Sie spricht von einem „verantwortungsvollen Abbau“ bürokratischer Hemmnisse (S. 5). Außerdem macht sich die SPD für „eine europäisch geeinte Wissens- und Forschungslandschaft mit einem dichten Netz an Kooperationen, gemeinsamen Programmen und gezielt geförderten großen Zukunftsprojekten in Bereichen wie etwa [...] Quantencomputing oder Künstliche Intelligenz“ (S. 6) und fordert eine Stärkung der IPCEI für die strategische Ansiedlung von Unternehmen und Branchen (S. 6) Open Source und Open Science sollen gefördert möglichst gewährleisten, dass öffentlich finanzierte Forschung der Öffentlichkeit zur Verfügung steht (S. 6). Die SPD fordert mehr Unabhängigkeit bei der Entwicklung, Produktion und Anwendung digitaler Technologien mehr Unabhängigkeit (S. 16). Und fordert „zur Stärkung [der] digitalen Souveränität [...] klare[...] Regeln für digitale Märkte und Dienste, sowie die grundrechtskonforme Nutzung von Daten [...]“ (S. 16).

Insgesamt sind die Ziele der SPD nachvollziehbar und positiv zu bewerten. Abzuwarten bleibt, in welchem Umfang der „verantwortungsvolle Abbau“ bürokratischer Hemmnisse geschieht. Das Bekenntnis zu den IPCEIs ist aus Sicht der Internetwirtschaft besonders positiv hervorzuheben. Wie sich die Auflagen für die öffentlich finanzierte Forschung in unterschiedlichen Bereichen niederschlagen werden, bleibt abzuwarten. Hier ist zu klären, inwieweit ein „Open Source / Open Science“ Ansatz für Neuentwicklungen auch unerwünschte Spillover-Effekte in andere Wirtschaftsräume erzeugen könnte und sich von dort aus wiederum nachteilig auf die europäische Digitalwirtschaft auswirken könnte. Inwieweit die „grundrechtskonforme Nutzung von Daten“ auf eine möglichst einfache und unkomplizierte Datenpolitik, insbesondere im Bereich der nicht-personenbezogenen Daten, auswirken wird, bleibt ebenfalls abzuwarten. Die Datenpolitik der SPD scheint insgesamt sehr stark aus der Datenschutzperspektive heraus betrachtet zu sein, so dass nicht gänzlich klar ist, wie sie in diesem Politikfeld tätig werden möchte.

▪ **Künstliche Intelligenz und Schlüsseltechnologien**

Die SPD spricht sich dafür aus, dass Europa sich unabhängiger und krisensicherer aufstellen muss. Sie fordert „die Entwicklung und die Produktionskapazitäten zur Herstellung digitaler Schlüsseltechnologien und Netzwerktechnologien sowie den Aufbau von Rechenkapazitäten“ (S. 15). Dies schließt für die SPD auch Künstliche Intelligenz mit ein (S. 15). Sie sieht dies vor dem Hintergrund einer menschenzentrierten Digitalisierung (S. 15). Sie möchte in diesem Sinne die Dominanz großer Tech Monopole verhindern (S. 17) und fordert unabhängige Datenschutzbehörden, Folgenabschätzungen und Transparenz- und Kennzeichnungspflichten insbesondere für Basismodelle (S. 17). KMU sollen gefördert werden (S. 17). Bei der Nutzung von Daten sieht sie insbesondere die Interoperabilität der Gesundheitsdaten im Blick (S. 43).



Aus Sicht der Internetwirtschaft bedürfen die Ausführungen zu Transparenzpflichten und Folgenabschätzungen bei KI genauerer Betrachtung. Regulierung sollte nicht bürokratischer sein als dies die europäische Rechtssetzung in Form der KI-Verordnung vorgibt. Hier sollten Vorteile und Probleme sorgfältig abgewogen werden. Die Förderung von KMU beim KI-Einsatz ist positiv zu bewerten.

▪ **Digitale Infrastrukturen**

Die SPD sieht das Prinzip der Netzneutralität als Eckpfeiler für ein offenes und freies Internet. Sie möchte dieses Prinzip auch nicht im Zuge des Ausbaus neuer Infrastrukturen aufgeben. Sie fordert, den „faire[n], gleichberechtigte[n] Zugang aller Nutzerinnen und Nutzer sowie Dienste zum Internet ohne Einschränkungen“ zu garantieren. Die Ungleichbehandlung von Inhalten durch die Netzanbieter lehnt die SPD ab. Sie fordert ein erschwingliches, schnelle Internet für alle (S. 17). Sie fordert zudem eine europäische Resilienzstrategie, um Risiken zu verringern und die Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen, um Abhängigkeiten zu minimieren nach dem Prinzip „China plus eins“ (S. 29).

Beim Ausbau der digitalen Infrastrukturen orientiert sich die SPD an den bisherigen Leitlinien der Netzpolitik und setzt auf starke Netzneutralität. Diese sieht sie als Voraussetzung für einen offenen und freien Zugang zum Internet für alle EU-Bürger:innen. Wie genau sich die Pläne der SPD zur Risikoreduzierung auf die Internetwirtschaft auswirken werden, bleibt abzuwarten.

▪ **Umgang mit rechtswidrigen Inhalten im Netz**

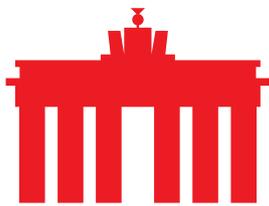
Im Bereich der Regulierung von rechtswidrigen Inhalten setzt die SPD vor allem grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und möchte dabei den Fokus auf die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder legen (S. 48). Digitalen Plattformen gegenüber fordern sie insbesondere eine Umsetzung der bestehenden Regulierung. Sie begründet dies mit der Bekämpfung von Fake News und Hate Speech im Netz und verbindet dies mit einer starken Governance (S. 16).

Insgesamt erweckt die hier dargelegte Positionierung der SPD den Eindruck, dass weniger neue Regulierung im Mittelpunkt ihrer europäischen Politik steht, sondern vielmehr die erfolgreiche Anwendung dieser Politik.

▪ **Bürgerrechte in der digitalen Welt**

Die SPD sieht im Internetzugang ein wichtiges Recht für Bürger:innen, das quasi Grundrechtscharakter genießt (S. 17). Sie weitete diesen Anspruch mit einigen Abstrichen auch auf den Zugang zu Wissen aus (S. 16) und forderte einen Open Knowledge Act. Darüber hinaus sieht sie in der Bekämpfung von Deepfakes eine Herausforderung (S. 16).

Die SPD sieht in digitaler Profilbildung eine Herausforderung, geht aber nicht näher auf den weiteren Umgang damit ein (S. 15). Die Datenschutzgrundverordnung sieht sie als grundsätzlich erfolgreich an, regt aber einige Lockerungen für Bürger:innen,



Vereine und KMU an (S. 15). Für digitale Plattformen stellt die SPD abstrakt einen Bürokratieabbau in Aussicht (S. 15).

Beim Schutz der Vertraulichkeit von (elektronischer) Kommunikation möchte die SPD keine Abstriche machen. Sie spricht sich gegen die anlasslose Speicherung von Daten und die anlasslose Überwachung digitaler Kommunikation lehnt die SPD ebenso ab, wie das Schwächen von Verschlüsselung und das Zurückhalten von Sicherheitslücken (S. 15).

Insgesamt ist die SPD in diesem Bereich meist auf Positionen gerückt, die aus Sicht der Internetwirtschaft positiv einzustufen sind. Insbesondere im Bereich der Überwachung und des Umgangs mit Verschlüsselung sind die Positionen der SPD recht nahe an der von eco. Abzuwarten bleibt, wie sich die SPD den Bürokratieabbau im Datenschutz vorstellt und wie dieser realisiert werden soll und wie dies im Wechselverhältnis beim Umgang mit Fakes auf digitalen Plattformen geschehen soll.

▪ **Nachhaltigkeit in der Digitalisierung**

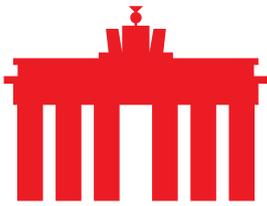
Die SPD spricht sich für einen verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieübertragungsinfrastruktur aus und möchte in diesem Zusammenhang auch die Genehmigungsverfahren „so unbürokratisch wie möglich“ gestalten (S. 9). Sie fordert zudem, dass die „Kostenvorteile erneuerbarer Energien [...] an alle Energieverbraucherinnen- und -verbrauchergruppen weitergegeben werden.“ (S. 10). Die SPD möchte sich dafür einsetzen, dass Strom dauerhaft günstiger wird. Sie möchte mit „einer Reform der Strommarktdesigns und einem europäischen Rahmen für Brückenstrompreise [...] die Voraussetzungen für wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise in ganz Europa schaffen (S. 10). Das europäische Beihilferecht möchte die SPD reformieren und „damit ermöglichen, dass notwendige Investitionen auch zur rechten Zeit getätigt werden können.“ (S. 10).

Im Bereich der Sicherung kritischer Materialien möchte die SPD eine koordinierte Rohstoff-Strategie der EU auf den Weg bringen, „die auf die Diversifizierung von Rohstoffquellen, effizienteren Materialeinsatz, besseres Recycling und verstärkte innereuropäische Beschaffung zielt sowie die gemeinsame Forschung zu nachhaltigen Alternativen zu knappen Rohstoffen vorantreibt.“ (S. 8). Sie erhofft sich eine europäische Kreislaufwirtschaft in industriellem Ausmaß und erhofft sich hiervon auch CO₂-Einsparungen. (S. 8).

Insgesamt stellt die SPD im Umweltbereich ein anspruchsvolles Paket an politischen Forderungen auf. Das geplante Neudesign des Strommarktes bietet aus Sicht der Internetwirtschaft Chancen, um bestehende Unausgewogenheit zu beseitigen. Die Pläne zur Kreislaufwirtschaft und zum Recycling könnten für europäische Unternehmen jedoch eine Herausforderung darstellen.

▪ **Europäische Institutionen**

Die SPD sieht zuerst im digitalen Binnenmarkt eine Institution, die vor allem durch Bürokratieabbau gefördert werden muss (S. 5). Daneben sieht sie in einer



Modernisierung des Wettbewerbs- und Kartellrechts (S. 6) und die Stärkung der Resilienz, insbesondere kritischer Infrastrukturen gegen Cyberattacken (S. 16). Im Bereich der öffentlichen Vergabe spricht sich die SPD gegen Ausbeutung von Arbeitnehmer:innen aus (S. 16).

Die SPD sieht für Europa die Notwendigkeit zur stärkeren internationalen Vernetzung. Sie sieht dabei insbesondere den „demokratischen Ostseeraum“ im Fokus (S. 25) und internationale Institutionen wie die G7, die G20 und die UN (S. 28). Die SPD wünscht sich zudem eine Stärkung der transatlantischen Partnerschaft, insbesondere im Rahmen des US-Trade and Technology Council (S. 29). Der Volksrepublik China steht die SPD ambivalent gegenüber. Die Rede ist von China als „Partner, Wettbewerber und Systemrivale.“ (S. 29). In diesem Zusammenhang wird ein De-Risking und eine China+1 Politik gefordert, bei der man eine Abhängigkeit von der Volksrepublik China zu verhindern versucht (S. 29).

Insgesamt sieht man im Wahlprogramm der SPD nur wenig Impulse für eine Erneuerung europäischer Institutionen. Sie spricht sich vorrangig für den Ausbau und die Stärkung bestehender Gremien und Institutionen aus und hat dabei auch einen globaleren Blick auf die politischen Entwicklungen. Aus Sicht der Internetwirtschaft ist dieser Ansatz grundsätzlich positiv zu bewerten. Abzuwarten bleibt, wie sich die Pläne der SPD zur Stärkung kritischer Infrastrukturen auf digitale Technologien und deren Verbreitung auswirken wird.

▪ Digitalisierung in Arbeit und Bildung

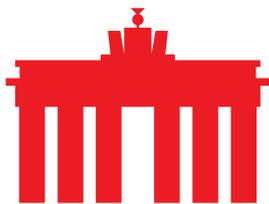
Die SPD setzt auf Fachkräftezuwanderung von außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (S. 7). Sie spricht sich für die gezielte Anwerbung von Fachkräften aus (S. 34). Neben der Fachkräftezuwanderung stehen für die SPD die Rechte von Arbeitnehmer:innen im Mittelpunkt. Sie fordert, dass Arbeitsverdichtung vermieden werden soll, die Mitbestimmung verbessert werden (S. 38). Es ist ihr Ziel, „die Souveränität und Selbstbestimmung von Beschäftigten zu stärken.“ (S.38).

Sie fordert „gleiche[n] Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ (S. 38) in allen Mitgliedsstaaten und eine ambitionierte Richtlinie für Plattformarbeit (S. 38).

Die Forderungen der SPD zur Fachkräftezuwanderung sind positiv zu bewerten, insbesondere vor dem Hintergrund des bestehenden Arbeitskräftemangels. Wie entsprechenden Fachkräftebedarfen aus dem europäischen Arbeitsmarkt heraus angegangen werden sollen, beantwortet dies SPD in ihrem Programm indes nicht. Unklar ist, wie sich die SPD die weitere Regulierung der Plattformarbeit vorstellt, die eben erst auf europäischer Ebene novelliert wurde. Hier könnte sich ein Spannungsverhältnis zu dem angestrebten Bürokratieabbau ergeben.

III.3. Das Europawahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen

Mit 114 Seiten haben die Grünen das umfangreichste [Wahlprogramm](#) für die Europawahl vorgelegt. Es ist zugleich das detaillierteste Wahlprogramm. Als Schwerpunktthema kann die Bewältigung der Energiekrise ausgemacht werden.



Zentrale politische Aussagen des Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen sind:

▪ **Innovation, Wettbewerb, Forschung und Datenzugang**

Die Grünen streben eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik an, um sich so von den USA und von der Volksrepublik China abzusetzen (S. 14). Sie wollen so „auf Europas Stärken aufbauend Schlüssel- und Zukunftsindustrien“ wieder in den europäischen Wirtschaftsraum zurückholen und skalieren. Sie wollen in diesem Zusammenhang Forschung, Aus- und Weiterbildung und Unterstützung bei Investitionen fördern (S. 14). Dies benötigt aus ihrer Sicht Bürokratieabbau, Investitionsanreiz und öffentliche Förderprogramme für Zukunftstechnologien (S. 14) und einen verbesserten Zugang zu Forschungsergebnissen für Unternehmen (S. 22). An anderer Stelle führen sie hierzu erneuerbare Energien und Wasserstoff, digitale Dienstleistungen und Künstliche Intelligenz an (S. 7).

Investitionsbedingungen für Unternehmen, hier KMU, sollen verbessert werden, in dem grenzüberschreitende Kapitalströme erleichtert werden (S. 17). Die Bedingungen für Start-Ups sollen verbessert werden (S. 23).

In Bezug auf Regulierung will Bündnis 90/Die Grünen das „Think small first“ Prinzip etablieren und bestehende Regeln auf deren Notwendigkeit hin überprüfen (S. 23f.).

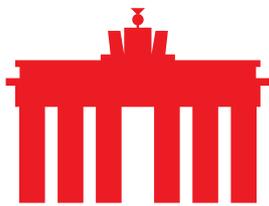
Darüber hinaus wollen die Grünen das Forschungsförderprogramm Horizon Europe ausbauen (S. 21f.).

Zentrale Aspekte der Grünen Industrie- und Digitalpolitik wie Quantencomputing und Künstliche Intelligenz sind auch verstärkt unter dem Aspekt der digitalen Souveränität betrachtet (S. 24f) und menschenrechtliche bzw. grundrechtliche Aspekte einbezogen (S. 111). Insbesondere datenschutzrechtliche Aspekte werden berührt (S. 26) und teilweise konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung von Auskunftsöglichkeiten gemacht (S. 26). Synthetische Datengenerierung, Anonymisierungs- und Pseudonymisierungsverfahren und der Zugang zu Daten der öffentlichen Verwaltung in maschinenlesbarer Form sollen die Datenverfügbarkeit verbessern (S. 26).

Insgesamt stellen die Grünen in ihrem Wahlprogramm deutlich die Schaffung eigener nationaler Kapazitäten heraus. Im Fokus liegt insgesamt die Energiepolitik und die Frage nach der Energieversorgung. Positiv hervorzuheben sind die Überlegungen zum Bürokratieabbau, auch wenn diese eher unkonkret sind, und die Anerkennung der Digitalisierung als einen zentralen Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Bemühungen zur Verbesserung des Datenzugangs für die Wirtschaft sind grundsätzlich positiv zu bewerten, da das Problem des mangelhaften Datenzugangs erkannt wurde. Inwieweit die einzelnen Maßnahmen sich tatsächlich als realisierbar und hilfreich erweisen, bleibt abzuwarten.

▪ **Künstliche Intelligenz und Schlüsseltechnologien**

Die Grünen fordern im Bereich der Künstlichen Intelligenz einen Einsatz der Technologie nach gemeinsamen Werten, um einen effektiven Schutz der



Menschenrechte und Gleichberechtigung zu gewährleisten (S.25). Hierfür möchten sie auch begleitende Forschung und Technologiefolgenabschätzung (S. 25). In Bezug auf die Regulierung von KI unterstützen die Grünen einen risikobasierten Ansatz und eine partielle Verpflichtung zur Transparenz über Quelldaten für KI-Systeme (S. 25). Auch fordern sie eine kritische Kontrolle der Technologie im polizeilichen Kontext. Sie kritisieren insbesondere biometrische Gesichtserkennung und die Überwachung von Verhalten oder Emotionen (S. 111). Sie wollen auch im Zusammenhang mit dem europäischen Gesundheitsdatenraum einen effektiven Datenschutz und umfassen IT-Sicherheit erreichen (S. 54)

Die Grünen sehen die Notwendigkeit, Nachhaltigkeitsstandards zu entwickeln. Im Fokus stehen hier KI, Cloud, Plattformen, Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke. In diesem Zusammenhang fordern die Grünen auch einen Digital Sustainability Act. (S. 25).

Die Grünen weisen darauf Hin, dass Interoperabilität digitaler Systeme wichtig ist und diese in Europa „die gleiche Sprache sprechen“ müssten (S. 26). Die Digitalisierung allgemein begreifen sie als Hebel und wollen sie für die Schaffung eines „fairen, dezentralen, hoch vernetzten und resilienten Wirtschaftssystems“ (S. 24).

Insgesamt lässt sich in diesem Kontext nicht mit letzter Sicherheit sagen, ob die Pläne der Grünen am Ende tatsächlich die technische Entwicklung vorantreiben. Regulierungspläne wie der Digital Sustainability Act bergen unbekannte Risiken für die Internetwirtschaft. Positiv anzumerken ist, dass die Grünen Interoperabilität als wichtigen Faktor einstufen. Allerdings eröffnet die programmatische Aussage hierzu einen breiten Interpretationsspielraum.

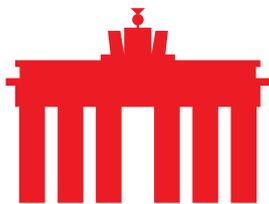
▪ **Digitale Infrastrukturen**

Bündnis 90/Die Grünen sehen in digitalen Infrastrukturen die „Basis einer digitalen europäischen Souveränität“ (S. 25). Zur digitalen Souveränität gehören laut ihrem Wahlprogramm „unter anderem eine resiliente und klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze, Knotenpunkte, Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten“ (S. 25). Um diese zu fördern wollen die Grünen die Entwicklung von Komponenten in Europa vorantrieben. Als Beispiele nennen sie Halbleiter, Satelliten und Mobilfunk. Außerdem wollen die Grünen die „Anbindung an die globale Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, [...] mit starken europäischen Akteuren gestalten.“ (S. 25).

Netzneutralität sehen die Grünen als einen wichtigen Faktor, der bei internationalen Abkommen mitzudenken sei (S. 75).

Das Thema Resilienz nimmt zudem im Wahlprogramm der Grünen einen eigenen Abschnitt ein (S. 13), der sich allerdings vorwiegend mit Energiepolitik beschäftigt.

In der Gesamtschau zeugt das Wahlprogramm der Grünen davon, dass sie einen umfassenden Überblick über digitale Infrastrukturen besitzen, in das sie auch Rechenzentren einschließen.



▪ **Umgang mit rechtswidrigen Inhalten im Netz**

Bei rechtswidrigen Inhalten im Netz ist im Wahlprogramm von Bündnis 90 / Die Grünen ein klarer Fokus bei Hassrede und Hatespeech. Diese muss „konsequent gelöscht und verbreitende Accounts müssen gesperrt werden.“ (S. 112). Außerdem sollen zivilgesellschaftliche Organisationen die Möglichkeit erhalten, betroffene Personen bei Gerichtsverfahren zu vertreten oder auf selbst aktiv werden (S. 112). Den Rechtsrahmen sehen sie mit DSA und DMA bereits gut aufgestellt, stellen aber einen Ausbau des Regelwerks in Aussicht. Bei Sanktionen stellen sie die Gewinnabschöpfung in Aussicht (S. 112).

Jenseits dessen fordern die Grünen eine stärker europäisch getriebene Verfolgung von Straftaten. Sie nennen in diesem Zusammenhang organisierte Kriminalität und Hasskriminalität (S. 110). Auch fordern die Grünen: „entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz“ vorzugehen. Sie möchten hierfür Ermittlungsbehörden personell, technisch und verfahrensrechtlich stärken und auf automatisierte Systeme setzen. Hierzu wollen wir auch die Möglichkeit von automatisierten Anwendungen zur Ermittlungsunterstützung nutzen. Daneben spielen Betrugsdelikte eine zentrale Rolle (S. 113).

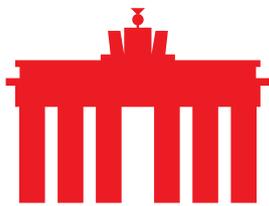
Insgesamt lässt der Abschnitt darauf schließen, dass die Grünen weitere Regulierung im Themenkreis rechtswidrige Inhalte im Netz anstreben. Diese können nicht nur im Bereich von Hassrede oder der Darstellung von sexueller Ausbeutung zusätzliche Anforderungen stellen. Auch im Bereich der Betrugskriminalität könnten mit neuen Gesetzen neue Auflagen für Hosts und Provider entstehen.

▪ **Bürgerrechte in der digitalen Welt**

Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen sieht Schutzbedarf von Bürger:innen vor Teilen der Internetwirtschaft. Sie fordern eine konsequente Umsetzung von DSA und DMA und deren Weiterentwicklung. Sie wollen Verbraucherschutzstellen stärken. Digitale Marktplätze sollen strikter reguliert werden (S. 27). Neben dem stärkeren Verbraucherschutz wollen die Grünen auch die digitale Bildung stärken (S. 27). In Sachen Datenschutz betrachten sie die DSGVO als Erfolg, dessen Umsetzung allerdings weiter vereinheitlicht werden muss. Sie kritisieren, dass sich „Big-Tech-Unternehmen [...] aufgrund der laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen“ (S. 26) konnten und fordern einen effektiveren Datenschutz.

Beim Schutz von Bürgerrechten im Rahmen polizeilicher Maßnahmen sprechen sich die Grünen gegen Vorratsdatenspeicherung, Chatkontrolle, biometrische Gesichtserkennung und die Überwachung von Verhalten oder Emotionen aus (S. 111). Sie wollen die anonyme Nutzung des Netzes ermöglichen und sprechen sich gegen das Aufbrechen oder Aufweichen von Verschlüsselung aus (S. 111).

Insgesamt sind die Positionen der Grünen von ihrer Einstellung gegenüber „Big-Tech Unternehmen“ überschattet. Sie lassen auf eine grundsätzlich ablehnende Haltung



gegenüber der Internetwirtschaft schließen. Positiv zu bewerten sind ihre Ansichten gegenüber Vorratsdatenspeicherung und zur Verschlüsselung.

▪ **Nachhaltigkeit in der Digitalisierung**

Die Grünen streben eine zu 100% klimaneutrale Stromversorgung bis 2035 an, und wollen im Zuge dessen Erneuerbare Energien und Speichertechnologien fördern und die Stromnetze europäisch ausbauen und verflechten (S. 8).

Sie sehen Klimafreundlichkeit als einen Faktor für die Infrastruktur, zu der sie Breitband- und Mobilfunknetze, Knotenpunkte und Rechenzentren zählen (S. 24). Außerdem wollen Sie Software zur Steuerung der Energie- und Wasserversorgung entwickeln lassen und fordern die umfassende Datennutzung, um Ressourcen zu schonen und Forschung voranzubringen (S. 25).

Die Grünen sprechen sich für die internationale Etablierung von ökologischen IT-Standards aus und wollen zusätzlich Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesign vorantreiben. Sie sprechen sich desweiteren dafür aus, energieintensive Rechenzentren klimaneutral zu betreiben. Die Abwärme von Rechenzentren soll in die europäische Energieinfrastruktur integriert werden. Nahezu alle Bereiche der Digitalisierung wollen sie im Rahmen eines europäischen Digital Sustainability Act regeln (S. 25).

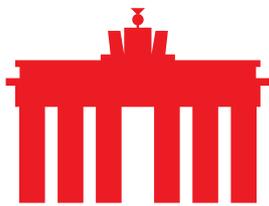
Allgemein streben die Grünen eine stärkere Europäisierung der Industriepolitik an und wollen hierfür mehr Ressourcen und Kompetenzen auf europäischer Ebene bündeln (S. 14). Sie streben auch eine Neuordnung des Strompreises und die Unterstützung von Erneuerbaren Energien an (S. 9). Im Bereich der Kreislaufwirtschaft streben sie „ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung [von Produkten] im Sinne eines „Designs for Reuse, Repair and Recycling“ unterstützen.“ (S 28).

Insgesamt sind die Pläne der Grünen in diesem Bereich sehr ambitioniert. Es ist davon auszugehen, dass diese Pläne unweigerlich zu neuen Belastungen bei Betreibern digitaler Infrastrukturen führen wird. Ob diese eine sinnvolle Zukunftsinvestition sind oder mittelfristig den Standort gefährden, bleibt abzuwarten.

▪ **Europäische Institutionen**

Die Grünen sehen im europäischen Binnenmarkt eine zentrale Institution, die sie ausbauen wollen (S. 14). Die Grünen sehen im Binnenmarkt auch ein Instrument, um Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz und die Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen zu realisieren (S. 14). Sie sprechen sich außerdem für eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts mit einem „New Competition Tool“ aus, um Verbraucher:innen besser schützen zu können (S. 15). Den DSA und den DMA sehen sie als Erfolg an (S. 26).

Im Bereich der Cybersicherheit fordern die Grünen ein europaweites IT-Sicherheitskennzeichen, um Verbraucher:innen besser helfen zu können (S. 113). Außerdem fordern die Grünen eine gemeinsame europäische



Cybersicherheitsarchitektur (S. 113). Dazu soll die europäische Cybersicherheitsagentur ENISA, das europäische Information Sharing und Analysis Center und die Cyber Diplomacy Toolbox weiterentwickelt werden (S. 113).

Die Grünen messen den transatlantischen Beziehungen mit den USA und Kanada besondere Bedeutung bei und wollen diese vertiefen (S. 80f.). Die Volksrepublik China stufen die Grünen als Partner, wirtschaftlichen Wettbewerber und systemischen Rivalen ein, von dem sie Abhängigkeiten verringern wollen, sich aber nicht von ihm entkoppeln wollen (S. 81).

Die Grünen sehen in der Digitalisierung der Verwaltung ein „zentrales Mittel für den Bürokratieabbau [...]“ (S. 24). Sie verbinden diese Aussage mit der Hoffnung verschiedener Vereinfachungen und sehen darin auch einen Hebel für die Einführung des Once-Only-Prinzips für die Datenerhebung (S. 24).

Insgesamt wirken die Überlegungen der Grünen in diesem Bereich zum größten Teil ausgewogen. Als Herausforderung könnten sich die vielen Sekundärziele entwickeln, die sie mit dem europäischen Binnenmarkt verbinden. Hier bleibt abzuwarten, ob die Ambitionen der Grünen sich als wirtschaftliche Herausforderung für die Internetwirtschaft herausstellen.

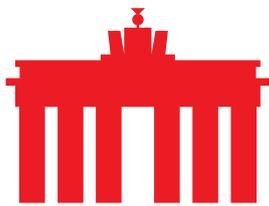
▪ Digitalisierung in Arbeit und Bildung

Die Grünen erkennen allgemein den Fachkräftemangel in Europa an und fordern hier verbesserte Arbeitsmarktzugangs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Immigrant:innen und Flüchtlinge (S. 16). Sie fordern eine EU-Fachkräftestrategie und die Ausweitung der Blue-Card auf nicht-akademische Berufe unter Einschränkungen (S. 16). Die Freizügigkeit innerhalb der EU wollen sie vereinfachen (S. 45).

Die Grünen sehen in Technologie Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsmarkt und Chancen für mehr Produktivität, Arbeitsflexibilisierung und weiteren Aspekten. Gleichzeitig äußern sie auch die Sorge, dass sich digitale Technologien nachteilig auf die Teilhabe von Frauen auswirken könnten und äußern ihre Sorge vor Ausbeutung. Hier wollen sie mit Regulierung entgegenwirken (S. 44). Außerdem fordern die Grünen eine EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz, um Arbeitnehmerrechte zu stärken (S. 45).

Außerdem fordern die Grünen die Beteiligung der Belegschaft beim Einsatz von KI am Arbeitsplatz (S. 45), ein EU-weites Homeoffice (S. 45) und die Vereinfachung der Anerkennung von Berufsabschlüssen (S. 57). Auch Weiterbildungsmöglichkeiten sehen sie als bedeutsam an (S. 45).

Die Grünen messen digitaler besondere Bedeutung in ihrem Wahlprogramm bei und sehen in ihr „ein[en] wichtige[n] Baustein, um die Rechte und die Teilhabe aller Bürger*innen an der digitalen gesellschaftlichen Debatte zu gewährleisten und ihre Informationskompetenz zu stärken.“ (S. 27). Vor diesem Hintergrund befürworten sei auch den Einsatz von KI in Lehre und Bildung (S. 56)



Insgesamt können die Überlegungen der Grünen als positiv eingestuft werden, was den Themenbereich der digitalen Bildung anbetrifft. Ob die Anforderungen an den Einsatz von KI bspw. in Arbeitsszenarien die Digitalisierung nicht eher hemmen, bleibt abzuwarten.

III.4. Das Europawahlprogramm der FDP

Mit 21 Seiten hat die FDP das kürzeste [Europawahlprogramm](#) vorgelegt. Schwerpunkt des Programms ist der Systemwettbewerb mit der russischen Föderation und die wirtschaftliche Entwicklung Europas.

▪ Innovation, Wettbewerb, Forschung und Datenzugang

Die FDP sieht in Europa Regulierung als eine Herausforderung an. Sie fordert eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips (S. 2), die Etablierung einer One-In-Two-Out Regelung (S. 5), weitere Maßnahmen zum Bürokratieabbau (S. 6) und die Schaffung eines Bureacracy Reduction Act (S. 5).

Die FDP fordert die grenzenlose Nutzung von Bildungsangeboten in ganz Europa, um Gründungen voranzutreiben und den technologischen Fortschritt zu fördern (S. 2). An aktiver Forschungspolitik strebt die FDP die Gründung einer europäischen Agentur für Sprunginnovationen an (S. 9). Sie wollen Datenschutztechnologien und -infrastruktur mit europäischen Mitteln erforscht werden sollen (S. 11). Die Finanzierung von Startups will die FDP verbessern (S. 9).

Außerdem fordert die FDP die Einrichtung einer Digital-Freihandelszone mit Experimentierräumen und Öffnungsklausen für grenzübergreifende „Sonderwirtschaftszonen“ (S. 9).

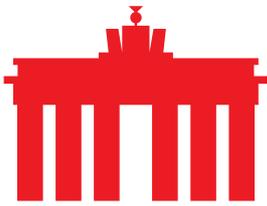
Die Pläne der FDP zum Bürokratieabbau klingen vielversprechend. Unklar ist, was genau der Bureacracy Reduction Act beinhalten wird. Im Bereich der Forschungspolitik wird augenscheinlich eher auf marktgetriebene FuE gesetzt als auf aktive und gestaltende Politik. Hier bleibt abzuwarten, inwieweit sich dies auswirken wird.

▪ Künstliche Intelligenz und Schlüsseltechnologien

Die FDP sieht in Künstlicher Intelligenz großes Potential und lehnt daher eine striktere Regulierung der Technologie ab (S. 4). Sie fordert den Einsatz bereits in Schulen, um Menschen auf die Arbeitswelt vorzubereiten (S. 4). Die FDP plädiert für eine praxisnahe Umsetzung der europäischen KI-Verordnung (S. 17f.) und moderne Monetarisierungsmodelle von Rechteinhabern (S. 17/18).

Die FDP fordert einen Raum der Datenfreiheit und der Datensicherheit und hofft auf ein weitgehend autarkes Europa mit eigenen privaten Cloud-Anbietern (S. 11).

Bei der Datennutzung hebt die FDP einen europäischen Gesundheitsdatenraum hervor, der datenschutzkonform ist und Innovation ermöglichen soll (S. 19). Sie fordert auch gemeinsame europäische Sicherheits- (S. 17) und Datenschutzstandards (S. 11). Marktzugangsbarrieren und Industriezölle sollen



abgebaut werden für Zukunftstechnologien und gemeinsame Standards sollen festgelegt werden (S. 11).

Insgesamt wirkt der Ansatz der FDP beim Umgang mit Künstlicher Intelligenz begrüßenswert und positiv. Unklar ist, was die modernen Monetarisierungsmodelle von Rechteinhabern sind und was darunter zu verstehen ist. Diese Thematik birgt Problempotential. Im Bereich der Datenpolitik sind neben dem Gesundheitsdatenraum keine weiteren Ansätze erkennbar. Gemeinsame Standards für Zukunftstechnologien können ein vielversprechender Ansatz sein, jedoch sind die hier getätigten Aussagen recht allgemein und unkonkret.

▪ **Digitale Infrastrukturen**

Im Bereich der digitalen Infrastrukturen fordert die FDP die Verteidigung der Netzneutralität (S. 17).

Außerdem spricht sie sich für eine Ausweitung des Anwendungsbereichs der Geoblocking-Verordnung auf audiovisuelle Inhalte aus (S. 18).

Zuletzt betont sie die Notwendigkeit der Abwehr von Cyberangriffen (S. 2).

Insgesamt sind hier jenseits der Betonung des Schutzes der Netzneutralität nur wenig Ansätze der FDP zur Gestaltung digitaler Infrastrukturen erkennbar.

▪ **Umgang mit rechtswidrigen Inhalten im Netz**

Das FDP Wahlprogramm trifft keine unmittelbaren Äußerungen zu diesem Themenkomplex. Lediglich ein allgemeiner Verweis auf die Meinungs- und Kunstfreiheit im Netz (S. 11) findet sich.

Die Aussagen der FDP geben an dieser Stelle nicht ausreichend Informationen über den geplanten Umgang mit rechtswidrigen Inhalten und dem Verständnis hierzu, um eine Bewertung vorzunehmen.

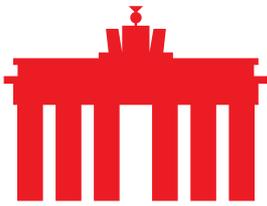
▪ **Bürgerrechte in der digitalen Welt**

Die FDP sieht mit großer Sorge die Entwicklung der Pressefreiheit in Europäischen Mitgliedsstaaten und fordert hierfür eine unabhängige Medienaufsicht. Sie wollen hierfür das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) ausbauen (S. 11). Meinungs- und Kunstfreiheit will die FDP stärken, in dem sie Verpflichtungen zum Einsatz von Uploadfiltern unterbinden (S. 12).

Privatsphäre und das Recht auf Verschlüsselung möchte die FDP stärken. Sie spricht sich deshalb gegen Netzsperrern, Chatkontrolle, Vorratsdatenspeicherung und anlassloser Überwachung von Bürger:innen aus und möchte stattdessen Europol stärken (S. 11).

Im Bereich des Datenschutzes möchte die FDP die Datenschutzgrundverordnung „entbürokratisieren und weiterentwickeln“ (S. 11).

Die Pläne der FDP bei polizeilichen Maßnahmen sind insgesamt sehr wenig invasiv, was der Internetwirtschaft zugutekommen dürfte. Unklar ist, wie genau die DSGVO



entbürokratisiert und weiterentwickelt werden soll. Hier bestehen Unklarheiten. Die Pläne für die Medienaufsicht haben auf die Internetwirtschaft zwar nicht unmittelbar Auswirkungen, dürften aber unter Umständen das Vertrauen in Medien allgemein stärken, was positiv zu bewerten ist.

▪ **Nachhaltigkeit in der Digitalisierung**

Im Bereich der Nachhaltigkeit sieht die FDP eine Neuordnung des Strommarktdesigns als notwendig an und den Ausbau des Stromnetzes (S. 19). Die Versorgung mit Energie und mit kritischen Rohstoffen müssen für die FDP sowohl internationale als auch durch heimische Produktion diversifiziert werden (S. 14). Reportingpflichten sollen auf einem europäischen einheitlichen Meldeportal gebündelt werden (S. 6). Erneuerbare Energien und Energiespeicher sollen in den Strommarkt integriert werden und ohne staatliche Beihilfen auskommen (S. 19). Die FDP plädiert dafür, „Marktzugangsbarrieren insbesondere für Zukunftstechnologien abzuschaffen und gemeinsame Standards festzulegen, besonders mit Blick auf Dekarbonisierung, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft.“ (S. 7).

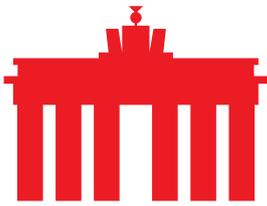
In der Gesamtschau zielen die Forderungen der FDP auf eine marktliche Lösung der Energiekrise ab, bei der europäische Verflechtung im Mittelpunkt steht. Spezielle Forderungen mit Blick auf die Internetwirtschaft sind in dem Wahlprogramm nicht erkennbar.

▪ **Europäische Institutionen**

Die FDP sieht den europäischen Binnenmarkt als zentrales Element in einem systemischen Wettbewerb und fordert mehr Marktwirtschaft in Europa. Sie fordert vor diesem Hintergrund den Abbau von Subventionen und Verteilungsmechanismen, die Vollendung des Digital- und des Energiebinnenmarktes und mehr Freihandel mit der Freien Welt (S. 2). Sie fordert in diesem Zusammenhang eine Weltfreihandelszone der Demokratien und mehr Einsatz für den transatlantischen Wirtschaftsraum (S. 7) und ein Trade and Technology Council unter Einschluss des Vereinigten Königreichs, Japans und Südkoreas (S. 7).

Im Bereich der IT-Sicherheit sieht die FDP die Abwehr von Cyberangriffen als eine zentrale Herausforderung für Europa (S. 2). Sie fordert den Schutz kritischer Infrastrukturen vor „fremder Einflussnahme“ und gemeinsame Sicherheitsstandards für die digitale Infrastruktur. Sie spricht sich für ein Verbot des Einsatzes von „Komponenten von Unternehmen, die Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen“ (S. 17) aus. Als Beispiel hierfür führt sie das 5G-Netz an.

Die FDP nimmt eine ausgesprochen antagonistische Haltung gegen über der Volksrepublik China ein. Sie bezeichnen die Volksrepublik als systemischen und ökonomischen Rivalen (S. 14). Sie fordert Ausfuhrkontrollen insbesondere für kritische Technologien (S. 14).



Im Bereich der digitalen Verwaltung fordert die FDP einen Abbau nationaler Schranken. Digitale Geschäftsmodelle sollen so leichter skalieren können, und grenzübergreifende Startups möglich sein. Europäische Behörden sollen eine einheitliche Rechtsauslegung für den Binnenmarkt gewährleisten (S. 17)

Für Bürger:innen soll eine EU-weit einheitliche digitale, interoperable Identität zur Verfügung gestellt werden (S. 12, 17).

Während die Pläne im Bereich des Binnenmarkts und im Feld der Schaffung einer besseren europäischen Verwaltung positiv zu bewerten sind, da sich hiervon eine kohärentere Politik erhofft werden kann, ist die Einstellung zu Volksrepublik China aufgrund deren enger Verflechtung mit dem europäischen Binnenmarkt mit Risiken behaftet.

▪ Digitalisierung in Arbeit und Bildung

Die FDP möchte die Arbeitskräftemobilität verbessern (S. 4) und spricht sich für eine europäische Strategie zur Fachkräftegewinnung aus (S. 4), mit dem auch Angehörige aus Drittstaaten geworben werden sollen. Sie fordert die Öffnung der Blue Card auch für Nichtakademiker (S. 4).

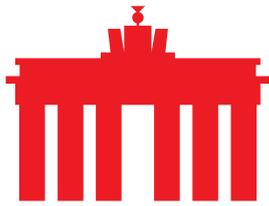
Die FDP sieht sich dazu verpflichtet, für selbstbestimmte Arbeitsmodelle – vor allem Remote Arbeit – mehr Rechtsklarheit zu schaffen. Sie möchte außerdem eine umfassende Korrektur der Plattformarbeitsrichtlinie, an der sie kritisiert, dass diese Selbständige gängele (S. 4).

Insgesamt zielen die Forderungen der FDP auf eine Flexibilisierung und Europäisierung des Arbeitsmarktes ab, was positiv zu bewerten ist. Positiv zu bewerten ist ebenfalls, dass die Fachkräftegewinnung bei der FDP im Mittelpunkt steht und Freizügigkeit erleichtert werden soll.

IV. Zusammenfassung und Fazit

Eine sinnvolle Gegenüberstellung der verschiedenen Wahlprogramme kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Zu unterschiedlich sind sie in Detailgrad, Präzision und Themenzuschnitt. Generell lässt sich beobachten, dass alle Parteien einen Systemwettbewerb in ihre Wahlprogramme projizieren, der über die Russische Föderation hinausgeht und gezielt die Volksrepublik China adressiert. Dieser Systemwettbewerb überlagert in den einzelnen Wahlprogrammen auch zentrale Fragen zum Thema Cybersicherheit, Medienpolitik und einzelne Bereiche der Industriepolitik. Im Einzelfall mögen sich Intonierung und Vehemenz der Positionen unterscheiden. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier in der kommenden Wahlperiode eine rigidere Politik gegenüber der Volksrepublik zu erwarten ist.

Augenfällig ist zudem, dass alle Parteien im Bereich des Datenschutzes auf Grundlage der DSGVO denken. Zwar fordern FDP und CDU eine



„Entbürokratisierung“, die auch als eine Lockerung interpretiert werden kann. Die Prinzipien der DSGVO scheinen jedoch nicht zur Disposition zu stehen.

Beim Ausbau Europäischer digitaler Infrastrukturen sind die Parteien sehr unterschiedlich aufgestellt und treffen auch sehr stark divergierende Aussagen. So haben die Grünen das Thema umfangreich gewürdigt, bei der FDP hingegen finden sich nur zwei Randbemerkungen zu dem Thema. Ein sinnvoller Vergleich kann daher an dieser Stelle nicht erfolgen.

Das Thema Energie und Klimakrise spielt in unterschiedlichem Ausmaß eine Rolle in den Wahlprogrammen. Während Grüne und SPD hier sehr präzise Vorstellungen ihrer Politik formulieren, setzt die FDP auf einen dezidiert marktwirtschaftlichen Ansatz, um die Krise zu beheben. Die Union schlägt eine Brücke zwischen den verschiedenen Themenbereichen, führt aber nicht näher aus, wie sie ihre Ziele erreichen möchte.

Unabhängig davon, wie die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 ausgehen werden, ist davon auszugehen, dass Fragen der Digitalpolitik in Europa in der kommenden Wahlperiode vor dem Hintergrund anderer zentraler politischer Fragestellungen zurückstehen werden und stärker in Kontexten gedacht werden.